

Niederschrift

HAUPT/IX/018

Hauptausschuss der Stadt Korschbroich der Stadt Korschbroich

Dienstag, 23.01.2018, 18:00 Uhr

Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich

Tagesordnung

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausgliederung von Immobilienvermögen der Stadt Korschbroich
Vorlage: IX/819
4. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschbroich zum 30.09.2017 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
Vorlage: IX/814
5. Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge sowie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben
Vorlage: IX/825
6. Regelungen zur Bußgeldhöhe bei Verstößen gegen die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Korschbroich
Vorlage: IX/826
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen

3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

Anwesend:

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter	Ausschussmitglied; 2. stellv. Ausschussvorsitzender
Holzenleuchter, Peter	Ausschussmitglied
Kauerz, Wolfgang	Ausschussmitglied
Krappa, Gerd	Ausschussmitglied
Lieser, Wolfgang	Ausschussmitglied
Roden, Erwin Matthias	Ausschussmitglied
Siegers, Jörg	stellv. Ausschussmitglied
Siegers, Thomas	Ausschussmitglied; 1. stellv. Ausschussvorsitzender

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef	Ausschussmitglied
Jahny, Paul	Ausschussmitglied
Richter, Albert	Ausschussmitglied
Wagemann, Frank	Ausschussmitglied

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar	Ausschussmitglied
Goebel, Jutta	Ausschussmitglied

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen	Ausschussmitglied
Houben, Wolfgang	Ausschussmitglied

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne	Ausschussmitglied
------------------------	-------------------

Ratsfraktion ULLi/Zentrum

Makowiack, Bernd	Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW
------------------	--

Vorsitzende/-r

Venten, Marc	Bürgermeister
--------------	---------------

Verwaltung

Drohen, Markus	Leiter Amt 10
Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Kreuels, Carolin	Schriftführerin
Küppers, Florian	Stadtinspektor
Rippegarten, Daniel	Verwaltungsangestellter

Außerdem anwesend

Goretzki, Wolfgang	GPA
Straube, Winfried	BKP

Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 18. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Einwohnerfragestunde

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig benannt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausgliederung von Immobilienvermögen der Stadt Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht kurz auf die Sitzungsvorlage ein und übergibt das Wort an Herrn Winfried Straube, welcher dann einen erläuternden Vortrag zur gutachterlichen Stellungnahme zur Ausgliederung von Immobilienvermögen der Stadt Korschenbroich hält. Die Vortragsfolien sind dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) dankt dem Referenten und merkt an, dass das vorliegende Gutachten seinen Vorstellungen eines Gutachtens entspreche. Er bewerte die erfolgte Prüfung als wichtig, da nun Gewissheit darüber bestehe, dass es nicht fahrlässig ist, nicht zu handeln. Weiter erwähnt er, dass sich die Situation seit der Beauftragung des Gutachtens verbessert habe, die erfolgte Prüfung aber dennoch gut sei. Er erkundigt sich, ob Abgangsgewinne sich analog zu Abgangsverlusten, die keine Ergebniswirkung haben, verhalten.

Herr Straube erklärt, dass Abgangsgewinne der allgemeinen Rücklage zugeführt würden und nicht in der Ergebnisrechnung auftauchen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) vergewissert sich, dass aus einem Immobilienverkauf keine Vorteile entstehen, was Herr Straube bestätigt.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) dankt dem Referenten und erkundigt sich, was gegen das Modell der Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) spreche.

Herr Straube erklärt, dass grundsätzlich nichts gegen diese Institution spreche und Kommunen diese auch für einige Aufgaben nutzen. Der Ansatz der Gründung einer AöR sei nicht weiter verfolgt worden, da das Ziel der Haushaltsentlastung so nicht erreicht werden könne.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) dankt dem Referenten und bewertet das Gutachten insgesamt als sinnvoll, da mit der Beauftragung des Gutachtens auch indirekte Gedankengänge verfolgt worden seien. So wurde die Komplexität des Themas aufbereitet. Es sei außerdem sinnvoll einen Sachverhalt erst zu untersuchen, bevor man handelt. Er sehe in dem Gutachten einen Erkenntnisgewinn, da die Erkenntnisse auch in andere Bereiche übertragbar seien.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) merkt an, dass die anfallenden Kosten eine Übertragung von städtischem Immobilienvermögen an die Reha-Bau ausschließen. Er fragt, ob das Ergebnis für neue Objekte gleich bleibe, was Herr Straube damit beantwortet, dass es egal sei, von welcher Seite erworben werde, die Grunderwerbssteuer bleibe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Peter Berger (CDU) erklärt Herr Straube, dass die Gründung anderer Organisationsformen abgewogen werden müsse, da es bei der Auslagerung aus dem Haushalt immer Vor- und Nachteile gebe, die neben wirtschaftlicher auch anderer Natur sein könnten.

Herr Wolfgang Goretzki ergänzt, dass eine Neugründung nur sinnvoll sei, wenn das Unternehmen eine gewisse Größe erreiche, da ein separates Unternehmen auch eine eigene Verwaltung sowie Geschäftsführer benötige und Kosten für die Jahresabschlüsse entstünden. Dieses größere Volumen, mit dem man ein Unternehmen gründen sollte, müsse auch irgendwo herkommen.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) dankt den Gutachtern für die klaren Aussagen. Es habe sich erneut gezeigt, dass es sich bei dem Vorhaben lediglich um Bilanzkosmetik handele und so kein Geld eingespart werden könne. Daher lehne die Ratsfraktion Die Aktive den Vorschlag weiterhin ab.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) spricht den Gutachtern seinen Dank aus. Er merkt an, dass die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das Ergebnis bereits antizipiert und darauf hingewiesen habe, dass sich eine Prüfung nicht lohne. Im Bereich der Abschreibungen könnten keine Einsparungen generiert werden.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) dankt den Gutachtern. Das Gutachten habe etwas gebracht: Schäden, die nicht ausgebessert werden, verursachen Instandhaltungsstau, wofür Instandhaltungsrückstellungen gebildet werden müssten. Die Problematik dieser Instandhaltungsrückstellungen sei durch das Gutachten in Erinnerung gerufen worden.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Peter Josef Fels (SPD) erläutert Herr Straube, dass der Wert eines Gebäudes sinke, wenn keine Instandhaltungen erfolgten. Bei einem Instandhaltungsstau müssten daher Instandhaltungsrückstellungen gebildet werden. Er merkt an, dass ihm von Seiten der Stadt Korschenbroich versichert worden sei, dass Instandhaltungen im notwendigen Maße vorgenommen worden seien und es keinen Instandhaltungsstau gebe. Er erklärt weiter, dass Rückstellungen gebildet werden müssten, wenn dies möglich und notwendig ist.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) erkundigt sich nach dem symbolischen Kaufpreis. Herr Straube führt hierzu aus, dass dies ein Unsicherheitsbereich sei. Ein symbolischer Kaufpreis sei definitiv 1 €. Bei der Grunderwerbssteuer sei es schwierig die Grenze auszumachen, ab wann ein Kaufpreis nicht mehr oder noch symbolisch ist. Hier sei keine klare Grenze festgelegt. Man müsse jedoch darauf achten, dass der Preis nicht unverhältnismäßig weit her-

untergezogen werde und ein Gebäude nur scheinbar an eine Tochtergesellschaft abgegeben werde.

Bürgermeister Marc Venten dankt dem Referenten Herrn Straube und Herrn Goretzki abschließend.

Beschluss-Nr. IX/819

Der Hauptausschuss nimmt die gutachterliche Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner zur Ausgliederung von Immobilienvermögen der Stadt Korschenbroich zur Kenntnis.

4. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.09.2017 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert kurz den Controlling-Bericht und zeigt auf, dass die Prognose für den Haushalt 2017 besser ausfalle als geplant.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) vergewissert sich, ob nach der Prognose mit einem sehr positiven Ergebnis zu rechnen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers rechne mit einem besseren Ergebnis, genaue Angaben könne er zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht machen, zumal noch Wertberichtigungen und Pensionsrückstellungen zu Veränderungen führen könnten.

Weiter greift er die Frage des Ausschussmitgliedes Peter Josef Fels (SPD) auf und erläutert, dass die bauliche Unterhaltung mit einem gedeckelten Budget auskommen müsse. Im Rahmen des Jahresabschlusses werde geprüft, inwieweit Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen erforderlich seien.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) merkt an, dass bauliche Instandhaltungen nicht in Abhängigkeit zu den vorhandenen Mitteln vorgenommen werden sollten, sondern danach, was notwendig ist.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) gehe von einer sehr positiven Entwicklung aus und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nur wenige Ratsfraktionen den städtischen Haushalt mitgetragen haben. Er spricht der Verwaltung, der CDU- sowie der SPD-Ratsfraktion seinen Dank aus. Für die Zukunft wünsche er sich, dass Impulse aus dem Gutachten über die Ausgliederung von städtischem Immobilienvermögen gezogen werden. Er teile die negative Einstellung zu diesem Gutachten nicht.

Bürgermeister Marc Venten bedankt sich und sichert zu, den Dank an die verantwortlichen Mitarbeiter auszurichten.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) wünsche sich, dass das prognostizierte positive Ergebnis auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden kann. Die Entwicklung hänge nicht immer an der Entscheidung des Rates der Stadt Korschenbroich.

Weiter spricht er den Presseartikel über steigende Krankenhausumlagen an und erkundigt sich, ob die Verwaltung sich hierzu schon etwas überlegt habe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erwidert, dass er dazu erst etwas sagen könne, wenn er weiß, was konkret auf die Stadt zukommt.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) bezieht sich auf S. 37 der Sitzungsunterlagen, hinterfragt den deutlichen Anstieg des Ertrages bei der Grundsteuer B und erkundigt sich, ob die neuen Grundstücke bei der Berechnung bereits berücksichtigt wurden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass ein Teil der neuen Grundstücke bereits eingeplant sei, jedoch nicht alle, da man nicht wisse, wie viele Grundstücke tatsächlich verkauft werden.

Auf die Frage des Ausschussmitgliedes Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum), wie es nahezu zu einer Verdopplung der Erträge aus der Grundsteuer B kommen könne, verweist Bürgermeister Marc Venten auf den Haushaltssanierungsplan.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung. Man habe viele sinnvolle Prüfaufträge umgesetzt. Er fragt, ob es bereits Signale der Kreisverwaltung bzgl. der Kreis- und Landschaftsverbandsumlage gegeben habe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers interpretiere das Jahrsinterview des Landrates so, dass dieser offener gegenüber den Forderungen der Kreiskommunen sei. Daher sei er positiv gestimmt.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) bezieht sich auf die gerichtliche Überprüfung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer. Bei einer Erhöhung dieser, steige das Steueraufkommen für die Grundsteuer ohnehin und man könne auf eine Erhöhung verzichten.

Bürgermeister Marc Venten stellt richtig, dass kritisiert werde, dass durch den Einheitswert von 1964 keine nachvollziehbare Verteilung der Steuerlast vorliege. Das Ziel der gerichtlichen Überprüfung sei daher ein neues System, wodurch die Steuer für die einen höher und für andere niedriger ausfallen werde. Man müsse allerdings das Urteil abwarten. Zudem denke er nicht, dass sich das Urteil bereits im nächsten Jahr auswirken könne, da die Schaffung eines neuen Systems deutlich länger dauern werde.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass auch die Umsetzung eines neuen Systems einige Zeit in Anspruch nehmen werde.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) bezieht sich auf die Ausführungen des Ausschussmitgliedes Paul Jahny (SPD) und stellt klar, dass er das Gutachten nicht negativ sehe, sondern es lediglich für überflüssig halte.

Bürgermeister Marc Venten weist nachdrücklich darauf hin, dass man sich bereits bei Tagesordnungspunkt 4 befinde und Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen habe.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) weist darauf hin, dass die gute Situation an der verbesserten Einnahmesituation liege und spricht der SPD-Ratsfraktion ein Lob für dessen stetes Bemühen um den städtischen Haushalt aus.

Bürgermeister Marc Venten merkt an, dass auch andersherum eine schlechte Situation durch eine schlechtere Einnahmesituation bedingt sei.

Beschluss-Nr. IX/814

Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 30.09.2017 zur Kenntnis.

5. Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge sowie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es seiner Meinung nach sinnvoll sei, bei einer erneuten Vorlage eines solchen Berichtes, die Kindergärten getrennt von der Kernverwaltung zu betrachten. Er fragt, ob die Ursache für die große Diskrepanz zwischen Mehrarbeit und Überstunden in der Kernverwaltung die Vollzeitkräfte seien, was der Stadtinspektor Florian Küppers bejaht.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass er keine Bedenken habe, die gegen die getrennte Darstellung von Kindergärten und Kernverwaltung sprechen. Er kündigt außerdem die Nachlieferung vollständiger Zahlen im März an.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet darum, die Vergleichbarkeit zur Bilanz herzustellen, um die Frage klären zu können, wie und warum Rückstellungen entstehen. Er möchte eine Zuordnung der Rückstellungen erreichen können.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass in der vorliegenden Aufstellung die Zahlen aufgeführt seien, die tatsächlich angefallen sind. In der Bilanz seien dagegen verrechnete Zahlen dargestellt. Daher könnten die Zahlen der Bilanz nicht mit denen der vorliegenden Aufstellung übereinstimmen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erläutert, dass er von den Rückstellungen Rückschlüsse auf die Personen ziehen können möchte. Er merkt an, dass das teuerste im öffentlichen Dienst Mehrarbeit und Überstunden seien, da hierfür Zuschläge anfielen. Er möchte, dass ersichtlich wird, ob Möglichkeiten bestehen, durch eine Umschichtung den Stundensatz für Überstunden zu reduzieren. Außerdem erkundigt er sich nach dem Bestand einer internen Regelung für Saisonbetrieb beim Eigenbetrieb Stadtpflege gebe, die bestimmt, dass in Jahreszeiten, in denen viel Arbeit anfällt, mehr gearbeitet werde und diese Überstunden dann in Jahreszeiten, in denen weniger Arbeit anfällt, abgebaut werden. Er bittet um eine entsprechende Unterrichtung.

(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Georg Onkelbach sowie der technische Betriebsleiter Thomas Kochs teilen mit, dass eine solche interne Regelung nicht bestehe.)

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) dankt den Mitarbeitern, die die zusätzlichen Stunden geleistet haben. Er weist darauf hin, dass die Vorlage dieser Aufstellung im nächsten Jahr sinnvollerweise erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen sollte, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die Zahlen in der Bilanz fortgeschrieben werden und somit die Darstellung identischer Zahlen nicht möglich sei.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erkundigt sich, ob die Mitarbeiter die freie Wahl zwischen Freizeitausgleich und der Auszahlung hätten, woraufhin Stadtinspektor Florian Küppers erläutert, dass in einer Dienstanweisung geregelt sei, dass die Mitarbeiter ihre Überstunden/Mehrarbeit in der Regel durch zeitnahen Freizeitausgleich abbauen sollten.

Beschluss-Nr. IX/825

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt den Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge sowie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben zur Kenntnis.

6. Regelungen zur Bußgeldhöhe bei Verstößen gegen die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht kurz auf die Sitzungsvorlage ein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) teilt mit, dass es die Auffassung der Verwaltung, einen Bußgeldkatalog nicht einzuführen, nicht teilt. Ein Bußgeld sollte eingeführt werden, um eine gewisse Abschreckung zu erzielen. Viele Städte, wie beispielsweise Willich oder Düsseldorf, hätten einen Bußgeldkatalog. In der Konsequenz müsse die Entscheidung getroffen werden, den Beschluss aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 16.11.2017 aufzuheben.

Bürgermeister Marc Venten stellt richtig, dass in Korschenbroich die gleichen Vergehen geahndet werden wie in Willich und Düsseldorf, da es so geklungen habe, als würde in Korschenbroich hierfür kein Bußgeld erhoben. Es gehe hier nur um die Einführung eines Bußgeldkataloges. Auch jetzt werden Bußgelder verhängt. Die Höhe dieser richte sich momentan nach dem Ermessen der Sachbearbeiter. Dieses Ermessen dürfe nicht mit einem Bußgeldkatalog eingeschränkt werden. Auch mit einem Bußgeldkatalog müssten noch Ermessensentscheidungen im konkreten Einzelfall getroffen werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass die Voraussetzung für die Festsetzung eines Bußgeldes selbstverständlich sei, den Verursacher einer Verunreinigung durch Tiere ausfindig zu machen. Darüber hinaus sei eine nicht entfernte Verunreinigung durch Tiere auf einem Gehweg anders zu bewerten als auf einem Kinderspielplatz. Es sei daher äußerst schwierig einen Bußgeldkatalog einzuführen, da dieser nicht jeden Einzelfall erfassen könne.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt nach, ob ein Bußgeld im Einzelfall auch höher ausfallen könne, als die im Verwarngeldkatalog festgelegten 10 € bis 35 €, was der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bejaht und ergänzt, dass für Verwarn- und Bußgelder die volle Breite des Gesetzes zur Verfügung stehe und Bußgelder im Einzelfall auch deutlich höher ausfallen könnten.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) schlägt vor, diese Ordnungswidrigkeiten eine Woche lang intensiv zu kontrollieren und diese Kontrolle im großen Stil in der Presse anzukündigen. Es müsse wieder ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es sich bei diesen Vergehen um Ordnungswidrigkeiten handle.

Bürgermeister Marc Venten bedankt sich für diese Anregung.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) möchte die Problematik auf Pferdeäpfel ausweiten und weist auf die Website umwelt.bussgeldkatalog.org hin. Er unterstützt die Auffassung der Verwaltung, dass jeder Einzelfall betrachtet und Ermessen ausgeübt werden müsse.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) weist auf die neue Regelung des Landes bzgl. der Reitverbote hin und erkundigt sich nach den Auswirkungen dieser in der Stadt Korschenbroich.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass auch die Stadt Korschenbroich an geltendes Recht gebunden sei. Man habe dem Land die Bereiche mitgeteilt, in denen Reitverbote gelten sollten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Lieser (CDU) ergänzt, dass der Umweltausschuss beschlossen habe, dass die bisherige Regelung fortgeführt werden solle und die bisher geltenden Verbote auch weiterhin gelten.

Beschluss-Nr. IX/826

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Regelung von Bußgeldhöhen zur Kenntnis.

7. Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erkundigt sich nach dem Bestehen einer Regelung über die Mindestanzahl von Parkplätzen bei Gewerbebetrieben und bittet diese Information aufgrund der Abwesenheit des Beigeordneten Georg Onkelbach der Niederschrift beizufügen.

(Anmerkung der Verwaltung: Der Leiter des Amtes 61 Dieter Hoffmans teilt mit, dass es eine Regelung in den Verwaltungsvorschriften zur Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen gebe. Ein entsprechender Auszug ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Weiter teilt er Folgendes mit: „Es handelt sich um Richtzahlen für den Stellplatzbedarf für gewerbliche Betriebe. Obwohl die Verwaltungsvorschrift seit dem 31.12.2005 nicht mehr in Kraft ist, wird sie von den Bauordnungsbehörden im Land nach wie vor angewendet. Schon vor 2005 konnte von den Richtzahlen im begründeten Einzelfall abgewichen werden, heute umso mehr.“)

- b) Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) weist auf die Parksituation in der Innenstadt hin: Die Gewerbetreibenden bzw. die Angestellten parkten entgegen der Höchstparkdauer von zwei Stunden dort den ganzen Tag. Er erkundigt sich, ob es richtig sei, dass dies ohne Konsequenzen bleibe.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass regelmäßige Überprüfungen auch anhand des Profilstandes erfolgen, es im Einzelfall jedoch passieren könne, dass dort ein Fahrzeug den ganzen Tag geparkt werde, ohne dass dies Konsequenzen nach sich ziehe.

- c) Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) legt dar, dass u.a. auf der Haus-Randerath-Straße seit geraumer Zeit links und rechts parkende Autos stehen und weist darauf hin, dass bei Gegenverkehr ein regelrechtes Verkehrschaos entstehe. Sie erkundigt sich, ob das Parken auf beiden Straßenseiten nun überall freigegeben sei.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Mindestdurchfahrtsbreite erhalten bleiben müsse. Dann sei Parken auf beiden Straßenseiten erlaubt. Er sichert eine Überprüfung der Situation auf der Haus-Randerath-Straße zu.

- d) Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) weist darauf hin, dass die vom Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) dargestellte Problematik auch auf alle Einmündungen zutrefe und bittet um eine Kontrolle dessen.

Bürgermeister Marc Venten sichert zu, diese Informationen an das zuständige Tiefbauamt weiterzuleiten.

- e) Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach dem Sachstand des Softwarewechsels für das Sitzungsmanagement, woraufhin Bürgermeister Marc Venten auf den am 06.02.2018 geplanten Ältestenrat verweist, wo er den weiteren Projektverlauf darstellen werde. Die Software sei installiert und in der Verwaltung nahezu einsatzbereit. Aktuell nehme man noch zahlreiche Einstellungen vor.

Das Ausschussmitglied Gerd Krappa (CDU) weist auf einen bereits mitgeteilten Termin an der Kläranlage hin und bittet alle Ausschussmitglieder darum, ihm innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Rückmeldung über das Interesse an der Teilnahme zu geben.